

Mai zeitung 2018

Rüsselsheimer
Aktionsbündnis für
soziale Gerechtigkeit



Soziale Gerechtigkeit bleibt Megathema

Die Maizeitung 2017 stellte die Frage: „Wird 2017 das Jahr der sozialen Gerechtigkeit?“ im Vorfeld der Bundestagswahl hatte das Thema Gerechtigkeit Konjunktur, verlor dann aber an öffentlicher Aufmerksamkeit. Das Ergebnis: Es konnten die Kräfte Gewinne verbuchen, die die soziale Spaltung der Gesellschaft nutzten, um ihre rassistische und nationalistische Hetze zu betreiben. Nach schwierigen Monaten kam es zur Bildung einer neuen „großen Koalition“, die so groß nicht ist.

Kein konsequenter Politikwechsel

Nach Angaben des paritätischen Wohlfahrtsverbandes sind 20% aller Menschen in Deutschland von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Für Gewerkschaften, soziale Initiativen, kirchliche Sozialverbände und auch natürlich für Initiativen wie das Rüsselsheimer Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit ist klar: Die Aufhebung der sozialen Spaltung der Gesellschaft, das Einlösen sozialer Gerechtigkeit und eine wirkungsvol-

le Bekämpfung neorassistischer und rechtsliberaler Strömungen erfordern einen konsequenten Politikwechsel. Diesen Politikwechsel verfehlt der jetzt zwischen CDU/CSU und SPD ausgehandelte Koalitionsvertrag. Auch wenn geplante Verbesserungen bei Wohngeld, BAFÖG und 150.000 Arbeitsplätze in öffentlich geförderter Beschäftigung den Betroffenen sicher helfen, orientiert sich die Bundesregierung nach wie vor am neoliberalen Politikmodell und feiert die Agenda 2010 als „Erfolg“.

Angst vor sozialem Abstieg

Durch die sogenannten Hartz-Gesetze wurde die Arbeitslosenhilfe, deren Leistungen auch nach dem Auslaufen des Arbeitslosengeldes am einmal erreichten sozialen Standard orientiert waren und die für Millionen Menschen ein Abrutschen in Armut verhinderte, abgeschafft. Der Armutsforscher Christoph Butterwegge stellt dazu fest: „Erwerbslose, Arme und ethnische Minderheiten stoßen seither auf noch größere Ressentiments, wohingegen Markt, Leistung und Konkurrenz zentrale Bezugspunkte der Gesellschaftsentwicklung geworden sind. Heute findet die Maxime *Wenn jeder für sich sorgt, ist für alle gesorgt* erheblich mehr Wiederhall.“ Die negativen Folgen dieser Entwicklung sind massenhaft spürbar:

Arbeitnehmer*innen mussten schlechtere Arbeitsbedingungen und niedrigere Löhne akzeptieren, fast ein Viertel aller Beschäftigten arbeitet im Niedriglohnsektor und gerade junge Menschen werden massiv in befristete Beschäftigungsverhältnisse gezwungen. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung brei-

tet sich auch in der Mittelschicht Angst vor dem sozialen Abstieg aus.

Überfordert: Soziale Dienste, Kitas, Schulen und Betreuungsschulen

Die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung verändert auch massiv die Arbeit von sozialen Diensten und Bildungseinrichtungen. Sie sind einerseits selbst von Entwertung durch niedrige Bezahlung, prekäre Arbeitsverhältnisse, steigende Arbeitsbelastung und mangelnde gesellschaftliche Wertschätzung betroffen, andererseits werden ihre Aufgaben durch die zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft ständig ausgeweitet. Ob es um Altenpflege, Kindertagesstätten, Schulen oder Weiterbildung geht, durch die verfehlte neoliberale Politik der vergangenen Jahre haben sich überall Probleme angehäuft, gegen die jetzt zugestandene Lohnerhöhungen, Stellenausweitungen und Entfristungen wie ein Tropfen auf den heißen Stein wirken. Ob im Sozial- oder Bildungsbereich, ob in Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen, Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen neoliberale Po-

AUS DEM INHALT:

Bündnis gegen Altersarmut von Frauen	S. 2
Bezahlbarer Wohnraum	S. 3
Soziale Arbeit Arbeitsmarkt leergefegt	S. 3
IGM-Tarifrunde 2018	S. 4

litik schlägt sich heute in einem eklatanten Personalmangel nieder. Zu geringe Bezahlung, prekäre Beschäftigung, schlechte Arbeitsbedingungen haben die Berufe in diesen Bereichen unattraktiv gemacht.

Dazu kommt – insbesondere im Bildungsbereich – die bewusste Vernachlässigung der Ausbildung von Erzieher*innen und Lehrer*innen. Es ist ein Teufelskreis entstanden, der durchbrochen werden muss:

- Der Mindestlohn muss deutlich angehoben und seine Einhaltung konsequent kontrolliert werden!
- Deutschland muss sein Lohndumping beenden und Solidarität mit seinen europäischen Nachbarn groß schreiben!
- Sozial-, Erziehungs- und Bildungsberufe müssen durch bessere Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung attraktiver werden!
- Es muss endlich ernst gemacht werden mit der Umverteilung des Reichtums von oben nach unten!

Dafür setzt sich das Rüsselsheimer Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit ein.



Zehn Prozent der Bevölkerung besitzen über 60 Prozent des Nettohaushaltsvermögens. Wir fordern ein gerechtes Land für alle!
WWW.Reichtum-Umverteilen.de

Einzelhandel: Mörderischer Wettbewerb



Wenn's um den Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt geht, lässt der Einzelhandel die IT- und Finanzdienstleister hinter sich. Das unterstreichen solche Kennzahlen wie 3,4 Millionen Beschäftigte und ein Jahresumsatz im Inland von über 500 Milliarden Euro. Allerdings, und das zeichnet das „Dilemma“ für Anleger in dieser Branche aus, liegt die jährliche Gewinnerwartung nach Steuern bei unter 17 Milliarden Euro, also bei einer Umsatzrendite von knapp über 3 Prozent.

Obwohl die Nettogewinne seit 2005 um fast 30 Prozent anstiegen, so kann beim Einzelhandel wohl kaum von einer „lukrativen“ Anlagemöglichkeit frei verfügbaren Kapitals

gesprochen werden. Diese Probleme sind „hausgemacht“: Weitestgehend gleiche Einkaufspreise bei Waren, identische Fixkosten wie Mieten, Strom usw. für die Geschäfte, aber vor allem Rabattschlachten ohne Ende bestimmen und forcieren einen „mörderischen“ Verdrängungswettbewerb.

Wachsende Belastung

Wer dabei eine Schlacht „gewinnt“, hat „unterm Strich“ dennoch verloren, weil die Verkaufspreise oft so gut wie keine Gewinne abwerfen. Ginge es dabei bloß um eine drohende Schmalpurdividende für die Anleger, so wäre alles „halb so wild“. Aber die dauerhaft schlechte Ertragslage

beschert auch den Beschäftigten, „am Ende der Kette“ eine wachsende Belastung: Flexibilisierung der Arbeitszeit, unentgeltliche „Nebenleistungen“, direkter psychischer Druck auf Mütter, Kranke, Ältere; das heißt auf all jene, die nicht mehr ständig unter „Volllast“ arbeiten können.

Ist das „Drumherum“ überall gleich, werden die Personalkosten fürs Management zur Stell- und für die Beschäftigten zur Daumenschraube im Konkurrenzkampf. Darüber hinaus geraten Betriebsräte unter Druck, die betriebswirtschaftlichen Ziele des Einzelhändlers zu unterstützen und durch hyperflexible Arbeitszeiten sowie Einsätze dem „eigenen“ Betrieb irgendwelche Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Ohne Solidarität geht diese Spirale zwangsläufig für alle Beschäftigten nach unten.

Horst Gobrecht



1. Mai Kundgebung Rüsselsheim, Löwenplatz Beginn 10:30 Uhr

Bernd Schifferl, DGB-Ortsverband Rüsselsheim, Moderation

Katinka Poensgen, IG Metall Bezirk Mitte, Hauptrednerin

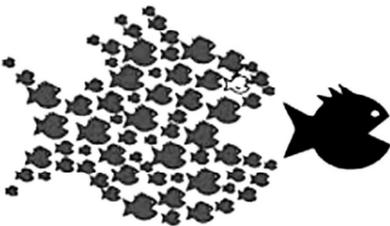
Ab 13 Uhr Mai-Feier im Naturfreundehaus Rüsselsheim
bei Bier, Wein, Essen, Kaffee, Kuchen und Musik

Vorabendveranstaltung: 26. April 2017, 19 Uhr
Stadthalle Rüsselsheim – Lassalle-Saal

„Der Job muss attraktiver werden! Beschäftigte packen aus“

Eine andere Politik ist möglich und für die Kommunen nötig

In der Rüsselsheimer Mai-Zeitung 2002 griff der Leitartikel mit der Überschrift „Eine andere Welt ist möglich – auch in Rüsselsheim“ das Motto des attac-Netzwerks auf. Dieses war vor 20 Jahren zunächst in Frankreich als „association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens“ gegründet, im Dezember 1998 zur „Internationalen Initiative zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte und Institutionen“ erweitert worden. Im Januar 2000 wurde dann attac Deutschland, mit dem Verständnis Teil der internationalen Initiative zu sein, gegründet.



Von Anfang an war dabei im Blick der Globalisierungskritiker, dass die durch Deregulierungen entfesselte Dominanz der großen global agierenden Konzerne die Möglichkeiten von Demokratie und Partizipation in den Kommunen massiv einschnürt. Dies geschieht zum einen dadurch, dass durch Steuertricks, Steuerflucht und wettbewerbsorientierte Steuerenkungen den öffentlichen Haushalten beträchtliche Mittel entzogen

wurden. Zum anderen werden durch eine von massiver Propaganda und Lobbyarbeit begleitete Privatisierungswelle von öffentlichem Eigentum (Wohnungsbaugesellschaften, Stadtwerke, Bus- und Bahngesellschaften) und Dienstleistungen Personal- und Kompetenzabbau in den öffentlichen Verwaltungen befördert. Gegen diese neoliberale Politik und ihre Folgen engagiert sich seit 2002 auch die attac Regionalgruppe Rüsselsheim und Umgebung. Wir waren erfolgreich gegen die Teilprivatisierung der Stadtwerke und bei Bürgerbegehren gegen die Schließung von Horten und Schulen und im Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit beim Kampf gegen Kinderarmut. Durch gebührenfreie Krippen und Kitas in ausreichender Zahl und mit ausreichendem Personal für alle Kinder, durch ein nichtselektives Schulsystem und durch freien bzw. preisreduzierten Zugang zu Kultur, Sport, Bildung und Mobilität sollen zumindest die schlimmsten Auswirkungen unsozialer neoliberaler Politik gedämpft werden.

Kommunale Daseinsvorsorge in Gefahr

Neue Gefährdungen kommunaler Demokratie drohen durch die von allen bisherigen Bundesregierungen und der EU vorangetriebenen

Freihandelsabkommen, die Sonderklagerrechte von Konzernen gegen demokratische Entscheidungen vorsehen und Schutzregelungen für Ernährung, Umwelt, Arbeit und Soziales zu unterlaufen drohen. Daher haben attac und KAB eine Resolution der Rüsselsheimer Stadtverordnetenversammlung angeregt, in der gefordert wird, „dass die kommunale Daseinsvorsorge von den derzeit verhandelten Freihandelsabkommen – und allen weiteren Handelsabkommen – explizit ausgeschlossen wird. ... Das verfassungsrechtlich garantierte Selbstverwaltungsrecht der Kommunen muss uneingeschränkt gewahrt werden.“

Die Globalisierungskritiker von attac kämpfen für ein demokratisches, soziales, ökologisches und weltoffenes Europa mit entsprechenden Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger in ihren Kommunen auch in dem bereits in der attac-Charta von 1998 festgehaltenen Bewusstsein, dass die durch die Arroganz neoliberaler Politik hervorgerufene Machtlosigkeit und Unsicherheit zu einem Zulauf für antidemokratische, rassistische, fremdenfeindliche, nationalistische Parteien und Bewegungen führt.



Termine der attac-Gruppe auf www.attac-netzwerk.de/ruesselsheim

Heinz-Jürgen Krug

Neue Kitas vor dem Aus?!



In Rüsselsheim hat im Januar 2018 der Personalnotstand einen absoluten Höhepunkt erreicht. In den 24 städtischen Kindertagesstätten waren ca. 24 Stellen nicht besetzt. Bundesweit waren im Jahr 2006 in Kindertageseinrichtungen 415 018 Personen tätig – im Jahr 2017 waren es schon 692 643! Laut statistischem Bundesamt werden bis 2025 weitere 263 000 Fachkräfte gebraucht, allein 171 170 nur als Ersatz für derzeit schon vorhandenes Personal z.B. durch Renteneintritte.



In Rüsselsheim sind weitere Kitas in Planung, bzw. schon im Bau, das bedeutet einen weiteren Personalbedarf von ca. 70 Fachkraftstellen. Die wöchentlich stattfindenden Vorstellungsgespräche werden allerdings permanent abgesagt, da sich schlichtweg niemand bewirbt. Es findet sich kein Personal – der Markt ist leer gefegt! Trotzdem tut die Stadt Rüsselsheim so, als würden Erzieher/innen bei uns Schlange stehen und jeder müsste dankbar sein, für die Stadt arbeiten zu dürfen. Erschwerend kommt hinzu, dass sich eine unschöne Entwicklung abzeichnet: Fast wöchentlich finden Per-

sonalgespräche aufgrund von Unstimmigkeiten statt, oftmals mit Androhung arbeitsrechtlicher Konsequenzen. Es gibt Kündigungen während der Probezeit und der Gipfel war eine Verdachtskündigung einer langjährigen Kollegin. All das macht die Runde und dieses Betriebsklima ist alles andere als förderlich zur Personalgewinnung!

Seit Jahren fordern die ver.di-Vertrauensleute in den Kindertagesstätten den Arbeitgeber auf, ein Konzept zur Personalgewinnung zu entwickeln, aber nichts passierte. Nun reagiert er endlich.....mit Bildung einer Arbeitsgruppe – ganz nach dem Motto: „Wenn ich nicht mehr weiter weiß, dann bild' ich einen Arbeitskreis“.

Die ver.di-Vertrauensleute aus den Kitas haben ganz klare Vorstellungen, wie Kolleginnen und Kollegen für Rüsselsheim gewonnen werden könnten, z.B.:

- Eingruppierung in die EG S 10
- keine Befristungen mehr
- eine gute personelle Ausstattung, um den hohen Qualitätsansprüchen gerecht werden zu können!

Fakt ist:

Wer eine gute Bildung anbieten möchte, der muss auch Geld in die Hand nehmen!

ver.di-Vertrauensleute der Stadt Rüsselsheim am Main

Hallennutzungsgebühren gefährden Sozialaufgaben der Sportvereine



In Rüsselsheim wird wieder vermehrt über Nutzungsgebühren für die Sporthallen nachgedacht. Noch ist nichts Konkretes beschlossen, doch gibt es wesentliche soziale Gründe, die gegen diese Gebühren sprechen. Die Sportvereine leisten neben ihren anderen Aufgaben unbestritten einen enormen Beitrag zur physischen, psychischen und sozialen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und im Integrationsbereich. Durch Hallenmieten verursachte Mehrkosten müssten von den Vereinen auf die Mitglieder umgelegt werden und/oder hätten Einschränkungen im Angebot zur Folge.

Sport fördert sozialen Zusammenhalt

Dies bedeutet, dass die Beiträge steigen und Gruppengrößen erhöht werden müssten. Dabei ist es gerade in heutiger Zeit wichtig, dass bezahlbare und attraktive Sportangebote im Wohnumfeld der Familien eine Alternative zu Computerspielen und Ähnlichem bieten. Eine Bindung zu Sportgruppen unterstützt

eine soziale Integration und eine gesündere Lebensweise. Aktuell werden die Angebote in Rüsselsheimer Sportvereinen von etwa 20.000 Mitgliedern genutzt, davon ca. 7000 Kinder- und Jugendliche. Bei einer Verteuerung würden die Zahlen zurück gehen, wie es sich bereits am Beispiel der Schwimmvereine gezeigt hat, die auf Grund der für einige Zeit fehlenden Wasserzeiten in Rüsselsheim Mehrkosten für Nutzung in anderen Kommunen tragen mussten.

Der Sport ist seit 2002 in der Hessischen Verfassung als Staatsziel formuliert (Artikel 62a) und somit mehr als eine freiwillige Leistung, die in Zeiten knapper Kassen zur Diskussion steht. Im Sinne der im Sport geleisteten gesamtgesellschaftlichen Aufgaben sollte eine noch dazu nur mit großem Verwaltungsaufwand einzubringende Hallennutzungsgebühr nicht erwogen werden.

Monika Balzer
Sportbundjugend Rüsselsheim

Südhessisches Bündnis gegründet: „Gemeinsam gegen Altersarmut von Frauen“

Das Südhessische Bündnis „Gemeinsam gegen Altersarmut von Frauen“ ist ein Zusammenschluss von Akteur*innen aus Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Institutionen und Vereinen sowie Einzelpersonen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, sich gemeinsam gegen die Verarmung von Frauen im Alter auszusprechen. Die Mitglieder wollen strukturelle Ursachen von Altersarmut von Frauen benennen, insbesondere mit Blick auf ihre Einkommens- und Rentensituation und setzen sich für Alternativen für ein würdiges Auskommen von Frauen im Alter ein.

Alterarmut ist weiblich

In der gemeinsamen Bündniserklärung heißt es: Die Armut im Alter ist weiblich! Nach wie vor haben Frauen nicht die gleichen Einkommenschancen wie Männer. Deshalb ist ihr Alterseinkommen häufig geringer und Altersarmut überwiegend weiblich. Die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern liegt immer noch bei 21 Prozent. Frauenspezifische Lebensläufe hinterlassen gravierende Lücken bei der Alterssicherung. In der Folge wachsen Einkommensdifferenzen zu drastischen Alterssicherungslücken an. Laut OECD-Bericht vom 6.12.2017 liegt die Rentenlücke zwischen Frauen und Männern in Deutschland derzeit bei 46 Prozent.

Die Rente ist das Spiegelbild des Erwerbslebens. Typische Erwerbsbiografien von Frauen wirken sich direkt auf die Rentenhöhe aus. Sozial ungenügend abgesicherte Jobs, wie unfreiwillig geringe Teilzeit, Minijobs, Scheinselbstständigkeit und Freiberuflichkeit, ein geringes Entgelt oder Wechselfälle des Le-

bens wie eine Scheidung, führen zu geringeren Ansprüchen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Deshalb setzt sich das Bündnis ein für die Aufwertung und bessere Bezahlung der klassischen Frauenberufe, gesetzliche Maßnahmen zur Eindämmung des Niedriglohnssektors, die Abschaffung der Minijobs und eine Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro, eine deutliche Erhöhung des Mindestlohnes, eine

Grundlage der Rentenfinanzierung, vor allem auch durch die Arbeitgeber und eine Erweiterung des Kreises der Einzahlenden (z.B. Selbstständige), eine deutliche Erhöhung des steuerlichen Zuschusses sowie dafür, dass Leistungen, denen kein Beitrag gegenübersteht, nicht aus Beiträgen finanziert werden. Das südhessische Bündnis richtet sich mit seiner Erklärung an alle Verantwortlichen in Gesellschaft, Wirtschaft



geschlechtergerechte Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit, das Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit sowie die Abschaffung steuerlicher Fehlanreize wie z.B. das Ehegattensplitting.

Eine Frage der Menschenwürde

Die Achtung der Menschenwürde durch ein gesichertes Auskommen im Alter ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das Bündnis plädiert deshalb für die deutliche Anhebung des Rentenniveaus, die Absenkung des Renteneintrittsalters, eine Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze, eine solide

und Politik. Ziel ist es, mit zentralen gemeinsamen Aktionen aber auch mit regionalen Aktivitäten in unterschiedlicher Zusammensetzung die Altersarmut von Frauen zu thematisieren und eine nachhaltige Verbesserung der Einkommenssituation von Frauen für ein würdiges Auskommen im Alter zu erwirken. Das Bündnis ist offen für weitere Mitglieder und ermutigt Organisationen aus Kirche, Politik und Zivilgesellschaft auf, sich anzuschließen und zu beteiligen.

Kontakt:

Heike Weber, DGB Region Südhessen, Tel.: 06151-3997-0, heike.weber@dgb.de

Ansprechpartner*innen im „Aktionsbündnis gegen Sozialabbau“:

Michaela Stasche, 06142/832333
Bernd Heyl, 06152/1877471
Hans-Peter Greiner 06142 / 46798
Ingridt Reidt 06142/46104

Postanschrift:

Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit
Weisenauer Straße 31, 65428 Rüsselsheim
Gezeichnete Artikel geben die Position der Organisation oder der Person wieder.

Druck: Dorndruck Raunheim, dorndruck.de

Mieterbund fordert: Schaffung von bezahlbarem Wohnraum

Der Landkreis Groß-Gerau ist durch einen anhaltenden Bevölkerungszug in den vergangenen Jahren gekennzeichnet und die Entwicklung wird sich weiter fortsetzen. Waren im Jahr 2009 ca. 253.000 Einwohner im Kreis Groß-Gerau wohnhaft, waren es Ende 2016 bereits 269.000 Einwohner. Bis Ende 2020 wird laut der „Wohnungsbedarfsprognose Hessen 2016“ des Instituts Wohnen und Umwelt ein weiterer Zuwachs auf dann rund 277.000 Einwohner prognostiziert.



Aufgrund des anhaltenden Bevölkerungszuzugs ist die Nachfrage nach Wohnungen größer als das Angebot, was Mieten und Immobilienpreise zwangsläufig steigen lässt. Um mit dem Bevölkerungswachstum Schritt zu halten müssten im Zeitraum zwischen 2014-2020 jährlich rund 2.400 neue Wohnungen im Landkreis Groß-Gerau geschaffen werden. Tatsächlich ist man davon aber weit entfernt. So wurden in den Jahren 2013 und 2014 jährlich nur ca. 800 zusätzliche Wohnungen geschaffen.

Zahl der Sozialwohnungen gesunken

Wesentlich bei der Schaffung von Wohnraum ist dabei, dass ein großer Teil im Segment der preisgünstigen Miet- bzw. Sozialwohnungen ge-

schaffen wird, da sich einkommensbedingt immer mehr Bevölkerungsgruppen keinen adäquaten Wohnraum mehr leisten können. Hessenweit ist die Anzahl der Sozialwohnungen dramatisch gesunken. Waren es im Jahr 2000 noch 220.000 Sozialwohnungen hat sich diese Zahl bis heute mehr als halbiert.

Eine Aufgabe der Kommunen

Bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum kommt den Kommunen eine Schlüsselrolle zu. Die Kommunen im Kreis Groß-Gerau müssen aktiver als bisher von ihrem Planungsrecht Gebrauch machen. In kommunalen Grundsatzbeschlüssen sollte die Baulandstrategie festgelegt werden. Insbesondere sollten dort bereits wohnungs- und sozialpolitische Ziele verankert werden. Ein klassisches Beispiel wäre z.B. die Festschreibung von bestimmten Flächenanteilen für preisgünstige Miet- bzw. Sozialwohnungen.

Essentiell ist darüber hinaus, dass ausreichend Kapazitäten in städtischen Planungämtern geschaffen werden, um die städtebauliche Qualität sicherzustellen. Dazu gehört neben der Erstellung der Baulandstrategie auch den Fördermitteleinsatz zu steuern und sozial gemischte Quartiere mit ausreichenden Versorgungsfunktionen (Einzelhandel, Ärzte, Kindertagesstätten etc.) zu schaffen. Darüber hinaus muss der Dialog mit Investoren, Bauträgern, Wohnungsbau-Gesellschaften, Eigentümern, etc. gesteuert werden, um die Instrumente des Städtebaurechts wirkungsvoll einzusetzen.

Frank Tollkühn



Mehr Informationen zum Mieterbund Rüsselsheim und Umgebung e.V. unter www.mieterbundruesselsheim.de

Soziale Arbeit: leergefegter Arbeitsmarkt



Soziale Arbeit ist für das Gesellschaftsgefüge ein unverzichtbarer Bestandteil, so auch bei der Stadtverwaltung Rüsselsheim am Main. SozialarbeiterInnen im Allgemeinen Sozialen Dienst begleiten Kinder und Jugendliche sowie ihre Eltern in schwierigen Lebenslagen. Sie sichern das Kindeswohl und unterstützen die Eltern in der Erziehung. Des Weiteren beraten und begleiten SozialarbeiterInnen junge Menschen bei Strafverfahren und leiten gegebenenfalls Jugendhilfen ein. SozialarbeiterInnen organisieren Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche, begleiten sie auf dem Weg zum Erwachsenwerden und fördern ihre Stärken. Sie helfen bei der Ausbildungs- oder Arbeitsplatzsuche. Viele geflüchtete Menschen werden durch die SozialarbeiterInnen bei der Stadtverwaltung Rüsselsheim am Main willkommen geheißen und erhalten Hilfe beim Ankommen und der Integration in die Gesellschaft. Ältere Menschen und Menschen mit Handicap erfahren Beratung, Betreuung und Begleitung in ihren oft schwierigen Lebenslagen.

Um diese umfassenden Aufgabenbereiche abdecken zu können, brauchen wir qualifizierte, belastbare und empathische Fachkräfte. Diese sucht man aber vergeblich auf dem Arbeitsmarkt, denn die Nachfrage ist höher als das Angebot. Im Bereich Soziale Arbeit herrscht ein immenser Fachkräftemangel. Durch den demografischen Wandel und das

Wachstum der Stadt Rüsselsheim am Main ist vorhersehbar, dass in den nächsten Jahren viele weitere gut ausgebildete SozialarbeiterInnen benötigt werden. Wer also seinen Bedarf abdecken und Qualität will, muss sich rechtzeitig selbst darum kümmern!

Schaffung neuer Praktikumsstellen dringend notwendig

Die Stadt Rüsselsheim am Main bietet eine hochqualifizierte Ausbildung an, nutzt aber nicht ihr Potenzial. Derzeit sind rund 80 SozialarbeiterInnen bei der Stadt beschäftigt, von denen mindestens 2/3 ausbilden könnten. Tatsächlich bietet die Stadt aber nur 4 Plätze für die staatliche Anerkennung an. Anstatt vorausschauend zu planen, hat die Stadt Rüsselsheim am Main in den letzten 15 Jahren die Praktikumsplätze um 75 Prozent reduziert. So kann der Bedarf an qualifizierten Fachkräften für die nächsten Jahre nicht gedeckt werden.

Um dem Fachkräftemangel selbst entgegenzuwirken, muss die Stadt Rüsselsheim am Main mehr Plätze für SozialarbeiterInnen zur staatlichen Anerkennung anbieten. Wir müssen dringend wieder mindestens auf den Stand von vor 15 Jahren kommen. Deshalb fordern wir die Stadt Rüsselsheim am Main auf, sofort 8 Praktikumsstellen für SozialarbeiterInnen zu schaffen!

ver.di-Jugendvertrauensleute der Stadt Rüsselsheim am Main

„...die Letzten werden die Ersten sein?“ - Leiharbeit - eine Spirale des Verlierens



„...dann werden die Letzten die Ersten sein.“ Dieses biblische Wort aus der Bergpredigt steht uneingeschränkt für eine Veränderung zum Guten: Für die Achtung und den Vorrang jener, die abgeschlagen, benachteiligt, ungesehen und an den Rand gedrängt werden. Nicht die Starken und Mächtigen, die sich vordrängen, stehen im Mittelpunkt. Das Augenmerk wendet sich denen zu, die sonst keine oder wenig Stimme haben.



Diese urchristliche Option findet sich leider in der arbeitsweltlichen Realität nur selten wieder. Schlimmer noch: Der so positiv besetzte Grundsatz verkehrt sich sogar ins Gegenteil. Beispiel: Leiharbeit.

Denn dort ist klar: Die Idee des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, Leiharbeit ausschließlich zur Abdeckung kurzfristiger Auftragspitzen zu nutzen, ist zu einem System prekärer Beschäftigung gewor-

den. Die Arbeits- und Lebensumstände von Leiharbeiter*innen sind frapierend: Ständige Beschäftigungsunsicherheit, Anforderungen höchster Flexibilität bei Löhnen, die kaum zum Leben reichen. Abgerechnet als Sachkosten für Dienstleistung zählen Beschäftigte von Leiharbeitsfirmen nicht zur Stammbeschaft, dadurch bleiben sie in den Betrieben oft „Fremde“ in der Belegschaft und im Kollegenkreis. Ob im Dienstleistungssektor oder in der Fertigung, Leiharbeiter*innen tragen die Last moderner Tagelöhner, hoffend auf Übernahme, die nur selten geschieht. Statt Halt und berufliche Sicherheit zu finden, arbeiten sie in einer gesteuerten Spirale des Verlierens.

Belegschaften werden gespalten

Als Seelsorgerin in den Betrieben nehme ich dies immer öfter wahr: Leiharbeiter*innen sind oft „das Letzte“ in der Struktur wie auch in der Kultur von Betrieben. Sie sind „die Letzten“ in der Wahrnehmung und Anerkennung, weil sie nicht fest angestellt sind, sondern ausgeliehen. Belegschaften werden gespalten; oft fehlt es an übergreifender Solidarität, auch und besonders im Kreis der

Festangestellten. Die hohe Flexibilität durch eingekaufte Leiharbeit ist von den Firmen gerne genommen, das Risiko für die Betroffenen wird dabei billigend in Kauf genommen. Nur in einer Situation bekommen Leiharbeiter*innen einen Platz in der allerersten Reihe: Nämlich dann, wenn eingespart und Personal abgebaut wird. Sie sind immer die „Ersten“, wenn es um Entlassungen geht. Und meistens geschehen diese „Veränderungen“ ohne großes öffentliches Aufsehen.

„Die Letzten werden die Ersten sein?“ - Diese Spirale des Verlierens steht im schroffen Gegensatz zur christlich-ethischen Grundbotschaft. Die Politik und Wirtschaft ist angehalten, diese Missstände zu sehen und zu beheben. Es bleibt die grundsätzliche, sozialetische Forderung, Arbeit so zu gestalten, dass allen Beschäftigten ein gutes und planbares Einkommen gesichert und kollegiale Zugehörigkeit möglich ist. Leiharbeit in diesem gegenwärtigen Format und Ausmaß gehört abgeschafft.

Ingrid Reidt, Katholische Betriebsseelsorgerin Rüsselsheim/Südhessen

Bündnis für soziale Gerechtigkeit in Rüsselsheim

Im Februar 2018 hat sich das Bündnis für soziale Gerechtigkeit erneut über seine Grundpositionen verständigt und diese in einer „Gemeinsamen Erklärung“ festgehalten. Die Maizeitung 2018 druckt Auszüge, der vollständige Text kann über die Ansprechpartner*innen bezogen werden.

Wer wir sind und wofür wir stehen:

„Das Bündnis für soziale Gerechtigkeit in Rüsselsheim besteht in unterschiedlicher Zusammensetzung seit Mitte der 1990er Jahre und versteht sich als einen offenen Zusammenschluss von Akteur*innen aus Gewerkschaften, kirchlichen Einrichtungen, Institutionen, Vereinen und Einzelpersonen, die sich gemeinsam für eine soziale gerechte Gesellschaft gegen Armut und Ausgrenzung in der Stadt Rüsselsheim und in der Region einsetzen. ...

Getragen von einer positiven und an der Würde des Menschen orientierten Haltung“ setzt sich das Bündnis kritisch mit aktuellen sozialen Brennpunkten und Themen auseinander. „Diese sind z.B.: Armut und ihre Ursachen: Kinderarmut / Altersarmut / Armut trotz Arbeit; Missstände im Bereich Erziehung / Bildung, Arbeitslosigkeit / Hartz IV; Liberalisierter Arbeitsmarkt / prekäre Beschäftigung; Fremdenfeindlichkeit / personenbezogene Menschenfeindlichkeit; Sozialabbau; Wohnen; Migration ...

Das Bündnis für soziale Gerechtigkeit wird derzeit getragen von:

Attac Regionalgruppe Rüsselsheim, Deutscher Kinderschutzbund Rüsselsheim, DGB Ortsverband Rüsselsheim, Evang. Dekanat Groß-Gerau Rüsselsheim / Gesellschaftliche Verantwortung, GEW Kreisverband Groß-Gerau, Katholische-Arbeitnehmer-Bewegung Rüsselsheim, Katholische Arbeitnehmer*innen und Betriebsseelsorge Südhessen, ver.di Vertrauensleutevorstand Stadt Rüsselsheim Das Bündnis ist offen für weitere Akteur*innen und ermutigt weitere Personen und Organisationen aus Kirche, Politik und Zivilgesellschaft auf, sich zu beteiligen.

Lehrermangel wird weiter zunehmen



Der Kreisvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) nahm einen Besuch von Kultusminister Lorz im Staatlichen Schulamt in Rüsselsheim zum Anlass, erneut auf den Lehrermangel und die große Zahl von befristeten Arbeitsverträgen an den Schulen im Kreis Groß-Gerau hinzuweisen. Lorz hatte bei seinem Besuch im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Schulamtsleiterin Hedde am 16.2.2018 vertreten, der Lehrbedarf sei insbesondere an den Grundschulen „komplett abgedeckt“. Dem widersprach die GEW aufgrund der täglichen praktischen Erfahrung. Nach den Worten des GEW-Kreisvorsitzenden Harald Freiling ist die Aussage des Ministers „höchstens rechnerisch richtig“.

Viele Lücken konnten nach Berichten von Schulleitungen und Personalräten nur mit befristeten Arbeitsverträgen gestopft werden: „Die vielen befristeten Einstellungen werden auch in den nächsten Jahren weiter erhebliche Unruhe in die Kollegien bringen.“ Kolleginnen und Kollegen, die keine Lehrerausbildung absolviert haben, müssten von erfahrenen Lehrkräften zusätzlich zu ihrer normalen anstrengenden Ar-

beit eingearbeitet und unterstützt werden, ohne dass dies an anderer Stelle zu einer Reduzierung der Aufgaben führt.

Grund- und Gesamtschulen besonders betroffen

Anders als in den letzten zehn Jahren werden in der Tat jetzt alle ausgebildeten Grundschullehrkräfte unbefristet eingestellt, „doch das bisherige Elend der Fristverträge hat zu einem massiven Rückgang der Studierendenzahlen im Lehramt



Grundschulen geführt“. Der Lehrermangel ist zudem nicht vom Himmel gefallen: „Die GEW weist seit Jahren auf die steigenden Schülerzahlen gerade im Kreis Groß-Gerau hin.“ Sie beziffert den Anteil des Unterrichts, der durch Lehrkräfte mit befristeten Verträgen erteilt wird, in den Grundschulen des Kreises Groß-Gerau auf mindestens 15 Prozent, in

den Integrierten Gesamtschulen sogar auf 20 Prozent. Da der Lehrermangel in den nächsten Jahren weiter gravierend zunehmen wird, fordert die GEW eine Erhöhung der Zahl der Studienplätze, ein umfassendes Qualifizierungsprogramm für Lehrkräfte ohne abgeschlossene Ausbildung und eine spürbare Entlastung der Grundschulkollegien zur Unterstützung und Einarbeitung der Quereinsteiger in den Lehrerberuf: „Die vielen Überlastungsanzeigen machen deutlich, dass die Kollegien schon jetzt bis zur Halskrause belastet sind.“

Die GEW ist davon überzeugt, dass nur eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie eine deutliche Anhebung der Gehälter insbesondere im Grundschulbereich wieder mehr junge Menschen motivieren wird, den Lehrerberuf anzustreben. Die GEW Forderung „A 13 für alle!“, die vor allem den Lehrerberuf in den Grundschulen aufwerten soll, findet daher zu Recht immer mehr Unterstützung. Man darf gespannt sein, wie lange sich die schwarz-grüne Landesregierung dem noch entziehen kann.

GEW Kreisverband Groß-Gerau



Jeder Arbeitsplatz hat ein Gesicht

Foto: IGM

IG Metall Tarifrunde 2018: Mehr Geld und mehr Zeit, eine Zukunft für Opel

Die größte organisierte Arbeitnehmervertretung der Welt sah die Zeit gekommen, in der anstehenden Tarifrunde nach langer Zeit wieder einmal eine über Entgelterhöhungen hinausgehende qualitative Forderung zu stellen: Die IG Metall fordert für die rund 3,9 Millionen Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie eine Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen von 6 Prozent für eine Laufzeit von 12 Monaten. Außerdem soll ein individueller Anspruch auf Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit auf bis zu 28 Stunden für einen Zeitraum von bis zu 24 Monaten erreicht werden.

Bei Opel in Rüsselsheim wurde zunächst mit der Kampagne gefremdelt, hat man doch anders als die Autobranche insgesamt große Sorgen: Die Zahlen sind rot, und die Verhandlungen mit dem neuen Eigentümer Peugeot über die Zukunft von Opel sind schwierig. Zu verschiedenen erscheint die Führungskultur, zu weit liegen die Vorstellungen, wie die Sanierung aussehen soll, auseinander. Der Betriebsrat und die IG Metall bestehen auf der Einhaltung der Tarifverträge. Die Vertretung der Opelner will dem Werk eine Perspektive als Autokonstrukteur und Produzent in einer von CO² Reduktion, Stickoxidemissionen und elektrischem Antrieb bestimmten Zukunft sichern. Die neuen Eigner von PSA haben außer Kostensenkungsmaßnahmen und Programmen zur Personalreduzierung noch keinen wirklichen strategischen Plan verkündet.

Arbeitszeitpolitisch neue Antworten für die Arbeitsgesellschaft von morgen

Die Forderung nach einem individuellen Anspruch auf die 28-Stundenwoche ist von den Erkenntnissen der großen IG Metall Beschäftigtenbefragung mit über 600.000 Teilnehmern in mehr als 7000 Betrieben abgeleitet. Die Bedeutung der Planbarkeit oder der Vereinbarkeit der Arbeitszeit mit dem Privatleben als positive Faktoren für eine hohe Arbeitszeitzufriedenheit wurde darin deutlich.

Die Beschäftigten fordern die Politik auf, die Möglichkeiten für Wahlarbeitszeiten für alle zu verbessern. Neben dem Rückkehrrecht aus Teilzeit, das 90,1 Prozent für wichtig halten, geht es ihnen vor allem um einen materiellen Ausgleich. Diesen muss es geben, wenn Beschäftigte ihre Arbeitszeit aus Gründen der Kindererziehung, Pflege und Weiterbildung reduzieren. 84,2 Prozent der Beschäftigten sehen dies so und fordern die Politik auf, solche Arbeitszeitmodelle auch finanziell zu unterstützen.

„Wir brauchen arbeitszeitpolitisch neue Antworten für die Arbeitsgesellschaft von morgen. Dabei ist die 35-Stunden-Woche für die große Mehrzahl der Beschäftigten die Wunscharbeitszeit. Wir müssen das Mantra der Arbeitgeber: Vollzeit plus Überstunden plus Flexibilität plus Leistungsdruck durchbrechen. Das sind keine Arbeitszeiten, die zum Leben passen.“

Kampf um die Zukunft von Opel

Vor dem Adam Opel Haus in Rüsselsheim versammelten sich am 16. Januar 2018 fast 7000 KollegInnen. In Anbetracht der aktuellen Unternehmenssituation kämpften die Beschäftigten für die Durchsetzung der IG Metall Forderungen im Rahmen der Tarifrunde, aber sie wollten insbesondere auch für die eigene Zukunft bei Opel Präsenz zeigen. Bei den älteren KollegInnen wurden Erinnerungen wach an den 6-wöchigen Streik bei Opel im Jahr 1984 um den Einstieg in die 35 Stunden Woche zu erkämpfen. Und noch immer gilt: Rüsselsheim und Opel sind untrennbar verbunden. Wenn Opel niest, kriegt die Stadt Schnupfen.



Betriebsratsvorsitzender Wolfgang Schäfer-Klug sagte: „Jeder Arbeitsplatz hat ein Gesicht. Wir wollen eine Zukunft für Opel. Aber die Sanierung von Opel darf nicht - wie in der Vergangenheit so häufig - auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Wir erwarten, dass die von PSA gegenüber den Beschäftigten, der IG Metall und der Politik gemachten Zusagen eingehalten werden.“ Seine Worte hörten neben dem extra nach Rüsselsheim gekommenen IG Metall Vorsitzenden Jörg Hofmann auch diverse Vertreter der Politik aus dem Land, dem Kreis und der Stadt Rüsselsheim, darunter SPD-Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel und der neue Oberbürgermeister Udo Bausch sowie Ministerpräsident Volker Bouffier.

Das Ergebnis:

Die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie erhalten ab April 4,3 Prozent mehr Geld und ab 2019 ein tarifliches Zusatzgeld in Höhe von 27,5 Prozent eines Monatsentgelts. Beschäftigte mit Kindern, pflegebedürftigen Angehörigen oder in Schichtarbeit können das tarifliche Zusatzgeld in zusätzliche freie Tage

umwandeln. Außerdem erhalten alle Beschäftigten einen Anspruch, ihre Arbeitszeit befristet auf bis zu 28 Stunden pro Woche für bis zu 24 Monate zu verkürzen. Der Tarifvertrag sieht weiter eine Einmalzahlung in Höhe von 100 Euro für die Monate Januar bis März 2018 vor sowie einen Festbetrag von 400 Euro, der spätestens im Juli 2019 fällig wird. Ab 2020 wird der Festbetrag tarifdynamisch in das Volumen des tariflichen Zusatzgelds einfließen. Davon profitieren insbesondere untere Entgeltgruppen. Der Tarifvertrag läuft bis 31. März 2020.

Es war eine gute Zeit diesen Durchbruch zu erreichen, die hervorragende Gewinnsituation der Autoindustrie ist schwer zu kaschieren. Anfangs war die Unternehmensseite so halsstarrig wie seit langen Jahren nicht. Dann hat das neue Arbeitskämpfinstrument des 24 Stunden Warnstreiks aber schnell eine nachdrückliche Wirkung gehabt und stark zu einer Einsicht der Arbeitgeberseite beigetragen. Die IG Metall wäre jedoch auch gut für einen längeren und intensiveren Arbeitskampf aufgestellt. Einen Preis für diesen Durchbruch gibt es aber auch: Ein größerer Anteil von 40-Stundenverträgen im Betrieb ist nun auch möglich.

Was die besondere Situation bei Opel betrifft, ist es gelungen die Auseinandersetzung mit PSA um die Zukunft des Rüsselsheimer Autoherstellers in die große Öffentlichkeit zu tragen und so den Warnstreik zur Solidarität in eigener Sache werden zu lassen.

Arbeit, Wertschöpfung, Verteilung, Zukunft

Die nähere Zukunft muss zeigen, ob in die geöffnete Tür eingetreten wird, ob die größere Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit sich auch wirklich in der Arbeitswelt durchsetzt. Können Beschäftigte, die Kinder erziehen, Angehörige pflegen oder in Schicht arbeiten, acht freie Tage wählen? Können ArbeitnehmerInnen wirklich Gebrauch von der 28-Stunden Option machen? Bei der Implementierung wird es starke Betriebsräte brauchen. Und: Diese gewonnene Tarifrunde kann auch auf andere Gewerkschaften ausstrahlen. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung muss weitergeführt werden. Im Zusammenhang mit Industrie 4.0 stehen massive Veränderungen in der industriellen Produktion bevor. Phänomene wie ‚home office‘, Zeitarbeit, Werkverträge führen zu Vereinzelung und fördern Entsolidarisierung statt gewerkschaftliche Organisation. Die Folgen für die Menschen erfolgreich zu verhandeln und Verteilung zu erkämpfen, kann jedoch nur mit starken Gewerkschaften gelingen. DGB-OV Rüsselsheim

Mitbestimmung ist gutes Recht!



Mitbestimmung ist ein hohes gesellschaftliches Gut. Sie gewährt strukturell die Mitsprache der Arbeitnehmerschaft durch die Interessensvertretung und gewinnt vor allem dort Bedeutung, wo Rechte der Beschäftigten verletzt oder vollends untergraben werden.

Doch auch wenn betriebliche Mitbestimmung im wahrsten Sinn des Wortes „Recht“ hat, d.h. fest im Betriebsverfassungsgesetz verankert ist, genießt betriebsrätliches Engagement zunehmend wenig Anerkennung. Das Gegenteil ist oft der Fall: Betriebs- und Personalräte geraten immer häufiger in Rechtfertigungsdruck für das, was sie sind und für das, was sie tun. Mehr noch: Statt Anerkennung begegnet ihnen Unverständnis, Argwohn oder Kritik - auch aus den Reihen der eigenen Belegschaft. Ein Trend, der mehr als nachdenklich macht.

Betriebsratsarbeit ist anstrengend und verlangt Nervenstärke, Durchhaltevermögen, Sachverstand und Diplomatie. An vielen Stellen bedürfte es vielmehr einer stärkeren und verpflichtenden Einbindung der Arbeitnehmervertretungen in unternehmerische Entscheidungen. Wie wichtig und unabdingbar Betriebsräte sind, wird oft erst dann deutlich, wenn Unternehmen Kahlschläge und Personalabbau planen oder gar Insolvenz anmelden.

Dass immer wieder Betriebsräte für ihre gute Interessensvertretung am

Ende doppelt abgestraft werden und ihnen bei der Suche nach einer neuen Stelle ganz offensichtlich zusätzliche Steine in den Weg gelegt werden, ist ein Skandal. Niemand darf durch sein Engagement in der Arbeitnehmervertretung schlechter gestellt werden. Dies vereitelt geradezu das Recht der Mitbestimmung.

Korrektur im Bewusstsein der Menschen und der Gesellschaft dringend angesagt

Ohne verankerte Mitbestimmung sind den Möglichkeiten der Ausbeutung und der Willkür Tür und Tor geöffnet. Lohndumping, menschenunwürdige Vertragsstrukturen, sowie Ausbeutung auch durch fehlende Arbeitszeitregelungen sind an der Tagesordnung in vielen Unternehmen, die im aggressiven Wettbewerb den Kostendruck über das Personal regulieren. In einer globalisierten Arbeitswelt mit brutaler Konkurrenz braucht es kontinuierliche betriebliche Mitbestimmung mit klaren Strukturen und Kommunikationsformen. Dies sichert gute Arbeit und bewährt sich in „guten Zeiten“ wie in „schlechten Zeiten“. Dank und Ermutigung gilt allen, die sich zur Wahl aufstellen und die sich in den Arbeitnehmervertretungen engagieren.

Ingrid Reidt, Katholische Betriebsseelsorgerin Rüsselsheim/Südhessen

Der Job muss attraktiver werden! Beschäftigte packen aus

Informations- und Diskussionsveranstaltung
am 26. April 2018, 19.00 Uhr
Stadthalle Rüsselsheim, Lassallesaal

Die Arbeitsbelastung in den sozialen Diensten, in Kindertagesstätten, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen hat in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen. Steigende Anforderungen an die Beschäftigten durch Sprachenvielfalt, veränderte Kindheit, Inklusion, eine ausufernde Bürokratie und natürlich generell gestiegene Anforderungen an Bildung bestimmen nicht nur den pädagogischen Alltag. Dieser Aufgabenfülle steht eine mangelnde öffentliche Wertschätzung und natürlich auch eine viel zu niedrige Bezahlung gegenüber.

Im Vorfeld des Ersten Mai berichten Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer sowie Mitarbeiter/innen aus dem sozialen Dienst von ihrer Arbeit und dem Ausmaß und den täglichen Folgen des aktuellen Personalmangels. Kristin Idler Gewerkschaftssekretärin Sozial-, Kinder- und Jugendhilfe ver.di Landesbezirk Hessen Fachbereich Gemeinden, beleuchtet den Fachkräftemangel grundsätzlich, Michaela Stasche, Sprecherin der ver.di-Vertrauensleute in Rüsselsheim und Bernd Heyl vom GEW Kreisvorstand bewerten die Situation aus gewerkschaftlicher Sicht.

Wir wollen mit dieser Veranstaltung Kolleg/innen aus unterschiedlichen Bereichen der sozialen Dienste und aus Bildungseinrichtungen der Region ein Forum zum Gespräch, zur Kritik und zum Protest bieten - und der sozial- und bildungspolitisch interessierten Öffentlichkeit Informationen aus erster Hand. Es kommen Kolleg*innen aus Kindertagesstätten, der Grundschule, aus Gesamt- und Berufsschule sowie aus dem sozialen Dienst zu Wort.

Veranstalter:

DGB Ortsverband Rüsselsheim, DGB Kreisverband, Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit, ver.di Vertrauensleute bei der Stadtverwaltung Rüsselsheim, GEW Kreisverband Groß-Gerau